SSRffm
StadtschülerInnenrat
Frankfurt am Main

StadtschülerInnenrat Frankfurt am Main

Kurt-Schumacher-Straße 41, 60311 Frankfurt
Tel.: 069 - 212 35 281
Fax: 069 - 212 37 703
Geschaeftsstelle.SSR.amt40@stadt-frankfurt.de
www.ssr-frankfurt.de

Stadtschüler*innenrat der Stadt Frankfurt am Main

Mitteilung an die Presse zu den Jugendprotesten am 31. Oktober 2026

Pressekontakt: Ilan-ssr@outlook.de

Am 31.10.2026 wurde in Frankfurt am Main überwiegend friedlich für bessere Bildung, mehr Geld für Schulen und unter anderem gegen die Wehrpflicht demonstriert. Aufgerufen zu den Protesten hat die Organisation „Gen Z regelt“.

Ilan Stefanov, Stadtschulsprecher und Levy Reubig, LSR-Delegierter waren als Vertreter*innen des Stadtschüler*innenrats der Stadt Frankfurt von 14:00 bis 18:30 vor Ort, um den Verlauf der Demonstration zu beobachten und sich ein eigenes unabhängiges Bild zu verschaffen.

Im Vorfeld fiel die hohe Polizeipräsenz auf: Auf der Flößerbrücke und in der Weseler Werft standen zahlreiche Polizeifahrzeuge.

Der Demonstrationszug sollte um 14 Uhr starten, konnte sich jedoch erst um 16 Uhr in Bewegung setzen. Zuvor musste er zwei Stunden an der Weseler Werft warten. Als Grund führte die Demonstrationsleitung an, dass laut Polizei nicht alle Beteiligten dem Vermummungsverbot nachgekommen seien.

Nach zunächst überwiegend friedlichen Protesten kam es auf beiden Seiten zu kleineren Provokationen, unter anderem durch die Zündung von Pyrokörpern am Eisernen Steg, was genau gezündet wurde, können wir nicht sagen, da wir auch nach genauerem Hinschauen, bis auf Feinstaub in der Luft nichts gesehen haben. Darauf reagierte die Polizei mit erhöhter Präsenz.
Ab sofort liefen links und rechts des Zuges mehrere Gruppen der Bereitschaftspolizei mit. Einzelne Zugriffe erfolgten unseres Wissens nicht. Am Friedberger Tor spitzte sich die Situation schließlich zu.

Nachdem zweimal kurz hintereinander eine Pyrofackel gezündet worden war, hielt die Polizei den Demo-Zug in der Bleichstraße an und kesselte ihn anschließend ein. Der Straßenverlauf wurde in beide Richtungen durch Beamte der Polizei blockiert. Das Betreten und Verlassen der Straße wurde untersagt. Infolgedessen nahmen Nervosität und Anspannung unter den Teilnehmenden spürbar zu. Es waren negative Rufe sowie das Ausbuhen der Polizei zu vernehmen. Zudem wurde wiederholt gefordert, dass die Polizei den Weg freigeben solle. Nach unserem Eindruck trug die Maßnahme nicht zu einer Entspannung der Situation bei.

Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass wir jede Form von Gewalt ablehnen, unabhängig davon, von wem sie ausgeht. Wir bedauern, dass es im Verlauf der Demo zu Verletzungen gekommen ist, und wünschen allen Verletzten eine schnelle Genesung.

Wir kritisieren jedoch auch das Vorgehen der Polizei ab diesem Zeitpunkt. Nach etwa 30 Minuten ließ die Polizei den Zug aus der Bleichstraße weiterziehen. Nachdem der Demowagen von „Gen Z regelt“ und ein kleiner Teil der Demonstranten die Bleichstraße verlassen hatte, kam es im

SSRffm
StadtschülerInnenrat
Frankfurt am Main

StadtschülerInnenrat Frankfurt am Main

Kurt-Schumacher-Straße 41, 60311 Frankfurt
Tel.: 069 - 212 35 281
Fax: 069 - 212 37 703
Geschaeftsstelle.SSR.amt40@stadt-frankfurt.de
www.ssr-frankfurt.de

hinteren Teil zu Ausschreitungen, darunter Stein- und Böllerwürfe in Richtung der Einsatzkräfte. Daraufhin stürmten mehrere Gruppen von Polizist*innen in die Straße. Ein Wasserwerfer fuhr vor und mehrere Polizeiwagen, ebenso ein Räumungspanzer. Besonders kritisch sehen wir, dass mit dieser Aktion auch Jugendliche gefährdet wurden, die nach unserem Eindruck keinen Anteil an den Ausschreitungen hatten.

Zudem entstand bei uns stellenweise der Eindruck, dass einzelne Einsatzkräfte mit unnötiger Härte gegen Demonstrierende vorgingen. Es wurde in Überzahl mit Schlagstöcken auch gegen nicht Krawallstiftende vorgegangen.

Die plötzliche Durchsage der Polizei, dass die Demo beendet sei und alle das Gelände räumen sollten, hat dazu geführt, dass sich die Situation in die Innenstadt verlagert hat. Dort kam es zu weiteren Ausschreitungen und Sachbeschädigungen die sich Zeitgleich mit den Plünderungen ereigneten.

Wir verurteilen diese ausdrücklich und danken den Polizeibeamt*innen, die dagegen im Einsatz waren. Gewalt und Sachbeschädigung haben mit unseren Anliegen nichts zu tun. Jetzt, da vor allem über die Randale gesprochen wird, gerät aus dem Blick, wofür die Jugendlichen auf die Straße gegangen sind: für mehr Geld im Bildungswesen, niedrigere Lebenskosten und gegen die Wehrpflicht.

Wir fordern eine kritische Aufarbeitung des Polizeieinsatzes. Dabei muss insbesondere geprüft werden, ob die lange Verzögerung des Starts, die Einkesselung und der Einsatz von Wasserwerfer und Räumfahrzeug geeignet waren, die Situation zu beruhigen, und wie die Polizeikräfte friedlich Demonstrierende geschützt haben. Auch die Veranstalter müssen den Verlauf der Demonstration kritisch aufarbeiten.

Dazu zählen nach unserer Auffassung auch die öffentliche Kommunikation des Innenministers und der Polizei, welche aus den Medienberichten im Vorfeld der Demonstration hervorgehen, die aus unserer Sicht nicht deeskalierend gewirkt haben.

Ilan Stefanov, Stadtschulsprecher in Frankfurt am Main: „Jeder Verletzte ist einer zu viel. Gewalt hat auf Protesten nichts verloren. Zugleich muss kritisch geprüft werden, ob die Kommunikation im Vorfeld und das polizeiliche Vorgehen zur Deeskalation beigetragen haben.“

Levy Reubig, Landesschülerratsdelegierter der Stadt Frankfurt: „Wir dürfen nicht vergessen, warum so viele Jugendliche auf die Straße gegangen sind. Sie fordern bessere Bildung, ein bezahlbares Leben und keine Wehrpflicht. Solange sich daran nichts ändert, werden sie weiter friedlich protestieren.“